

STUDIERENDENPOLITIK: EIN MASSENPHÄNOMEN

An der Universität Zürich läuft einiges schief. Dennoch lassen sich kaum Studierende für unipolitische Anliegen mobilisieren. Aktive Studentinnen und Studenten sind eine Randgruppe. Das waren sie immer. Auch 1968. Die wenigen aber haben viel bewegt. Nicht nur 1968. Sie haben die umfassenden Veränderungen im Studierendenalltag mitgestaltet, anfangs in der offiziellen Studierendenschaft (SUZ), dann im Verband der Studierenden an der Uni (VSU) und schliesslich im Studierendenrat (StuRa). Ihr grösstes Problem heute: Der Glaube an Veränderung fehlt. Text von Andi Gredig

Beginnen wir da, wo es weh tut. Hier und jetzt. An der Universität Zürich werden im Frühling 2008 rund 24 000 Studierende von gut 3 000 Dozierenden unterrichtet. Mehr als 56% Studentinnen stehen dabei etwa 13% Professorinnen gegenüber. Die Bologna-Reform ist seit bald zwei Jahren in allen Fakultäten umgesetzt. Die frisch gebackenen Bologna-Studierenden sammeln fleissig ECTS-Punkte. Die zweite «Generation» hat dabei den Vorteil, dass ihr die erste sagen kann, wo die Punkte am leichtesten zu verdienen sind. Der Seminar- oder Vorlesungsinhalt verliert an Gewicht, der ökonomische Nutzen im Sinne von möglichst vielen Punkten bei möglichst geringem Aufwand tritt in den Vordergrund. Verständlich. Folgt man den «Punkte pro Semester»-Vorgaben der Wegleitungen, hat man, je nach Fachkombination, locker ein Wochenpensum von sechzig Arbeitsstunden vor sich. Ohne Managerlohn.

MOBILITÄT IM BILDUNGSMARKT

Gleichzeitig tauchen die ersten Probleme im Bezug auf die «Mobilität» auf. Die Universität Zürich diskutiert beispielsweise darüber, ob man bei jemandem, der ein Basismodul in Bern besucht hat, nicht noch Punkte abziehen muss. Schliesslich ist das Modul hier schwieriger, sprich «besser». Die Universität Bern diskutiert denselben Fall mit umgekehrten Vorzeichen. Und die Universität St. Gallen rümpft die Nase, wenn eine Zürcher Bachelorin an der «Elite-Schule» in der Ostschweiz den Master machen will. Wen wunderts? Auf der einen Seite werden

die Hochschulen mit Peitsche und Pistole zu mehr Wettbewerb und Konkurrenzkampf angetrieben, auf der anderen sollen die Angebote und Punktevergaben aufeinander abgestimmt, die «Leistungen» vereinheitlicht werden. Auf diesen widersprüchlichen «Bildungsmarkt» drängen nun auch die Fachhochschulen. Auch sie buhlen um Studierende und Prestige. Auch sie wollen forschen. Währenddessen sitzen in der «Forschungsanstalt Universität» in Vorlesungen der Wirtschaftswissenschaft Tausende von Studierenden, die von Wissenschaft und Forschung eigentlich gar nichts wissen wollen. Sie sind nicht auf der Suche nach Bildung, sie absolvieren eine Ausbildung.

NOBELPREISE ANSTELLE GUTER LEHRE

Ähnlich verhält es sich mit gewissen Dozierenden in Bezug auf die Lehre. Sämtliche pädagogische Erkenntnisse der letzten hundert Jahre sind an ihnen vorbeigezogen und ihre Beschäftigung mit Problemen von Studierenden erschöpft sich darin, sie wo immer möglich zu ignorieren. Während die eigene Forschung zu Ruhm und Ehre verhelfen kann, ist das Unterrichten nur ein lästiger Klotz am Bein. Diese Haltung wird dadurch begünstigt, dass auch die Universität mehr davon profitiert, wenn eine Professorin oder ein Assistent die eigene wissenschaftliche Reputation ausbaut, als wenn sie oder er die Studierenden durch Vorträge inspiriert: Je mehr Nobel- und andere Preise die Dozierenden sammeln, desto weiter oben findet sich ihre Hochschule in völlig unreflektierten, aber publikumswirksamen Rankings. In den Seminaren besagter Dozierender herrscht dann – sofern sie nicht obligatorisch sind – gähnende Leere, während jene der «guten» Dozierenden aus allen Nähten platzen. Da die zusammengepferchten Studierenden in letztgenannten Seminaren oft einen völlig unterschiedlichen Wissenshintergrund mitbringen, fühlt sich dort die eine Hälfte völlig über-, die andere unterfordert.

VERLEUGNETE SOZIALE SELEKTION

Nach wie vor stammt die grosse Mehrheit der Studierenden aus finanziell besser gestellten Schichten. Und während es, blickt man auf den derzeit grassierenden platt-dümmlichen Biologismus, wohl bald wieder gesellschaftstauglich wird, diesen Umstand auf die mangelnde Intelligenz der sozial Schwächeren zurückzuführen, wird der Ruf nach höheren Studiengebühren immer lauter. Die Wohnungspreise steigen und die Krankenkassenprämien auch. Unterdessen fühlt sich ein beachtlicher Teil der Studentinnen und Studenten inmitten von tausenden KommilitonInnen oft einsam und alleine gelassen. Die Fachvereine, die eigentlich die Funktion und Position hätten, diesem Umstand entgegen zu

wirken, können kaum genügend aktive Mitglieder aufreiben um einen Minimalbetrieb am Leben zu halten.

MITTENDRIN UND NUR DABEI

Irgendwo zwischen all diesen Problemen, all dieser Unzufriedenheit und all diesen Widersprüchen steht eine studentische Vertretung, befindet sich ein studentisches Parlament, das es nur mit grössten Anstrengungen schafft, unter den 24.000 (vierundzwanzigtausend) Studierenden deren 70 (siebzig) zu finden, die bereit sind, sich zur alljährlichen Wahl zu stellen. Der Studierendenrat ringt jedes Jahr um Kandidierende, die das marginale Mitbestimmungsrecht der mit Abstand grössten Gruppe von Universitätsangehörigen wahrnehmen wollen. Sind die Studierenden heute weniger politisch als in den guten alten Zeiten?

DIE GUTEN ALTEN ZEITEN

Ohne Zweifel, Ende der 60er-Jahre gab es eine Studierendenbewegung in Europa: Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in West-Berlin erschossen. Ein Ereignis, das Zehntausende von deutschen Studentinnen und Studenten mobilisierte. Ein knappes Jahr später im Mai 1968 wurde Rudi Dutschke, die grosse Symbolfigur der deutschen Studierendenbewegung, beinahe bei einem Attentat getötet und in Frankreich legte ein Generalstreik, dem grosse Studierendenproteste vorausgegangen waren, das Land lahm. Und auch in Zürich roch es nach Revolution: Im April 1967 gipfelte im Hallenstadion das Konzert der Rolling Stones in wüsten Schlägereien mit der Polizei. Vier Monate später rief die «Fortschrittliche Studentenschaft Zürich» zu einer Solidaritätskundgebung für den Detektivwachtmeister Kurt Meier, genannt «Meier 19», der eine Justiz- und Polizei-affäre der Stadt Zürich aufdeckte, auf, an deren Ende die Demonstrierenden für zwei Stunden Zürichs Innenstadt blockierten. Das taten im Juni 68 auch die gut 2000 jungen Menschen, die vor dem damaligen Globusprovisorium (und heutigen «Coop-Provisorium») auf der Bahnhofbrücke ein Autonomes Jugendzentrum forderten.

DIE «LINKEN» EROBERN DEN ELFENBEINTURM

An der Universität Zürich verdreifachten sich während der 60er-Jahre die Studierendenzahlen fast; auf 8500. Das anhaltende Wirtschaftswachstum und der damit verbundene soziale Aufstieg breiter Gesellschaftsschichten, die zunehmende Bedeutung von Bildung und Wissenschaft im Alltag und die positive Haltung der Gesellschaft gegenüber den Hochschulen ermöglichten immer mehr

jungen Menschen den Zugang zu Universitäten. Die bürgerlichen Studierenden aus gutem Hause gerieten unipolitisch unter Druck. 1969 eroberten erstmals «linke» Gruppierungen eine Mehrheit im Grossen Studentenrat (GStR), dem studentischen Parlament.

RANDPHÄNOMEN STATT MASSENBEWEGUNG

Doch das Stimmungsbild, das sich aufgrund der erwähnten Ereignisse und Entwicklungen zeichnen lässt, hängt schief. Die Studierenden der Universität Zürich sprühten Ende der 60er-Jahre nicht alle vor politischem Engagement. Sicher waren unter den musikalischen InnenarchitektInnen im Hallenstadion, den Demonstrierenden um «Meier 19» und den Jugendhaus-AktivistInnen auch Studentinnen und Studenten, sicher traten die StudierendenvertreterInnen an der Uni Zürich selbstbewusster und aggressiver auf, und der Kampf zwischen den politischen Flügeln wurde härter, doch die grosse Masse liess es ruhig angehen. Zumindest was die Wahlen in den Grossen Studentenrat (GStR) anging. Das GStR-Mitglied Rudolf Bautz schreibt dazu im Februar 1967 in der Studierendenzeitung «Zürcher Student» (ZS):

«Wie unwichtig und unbekannt dem Studierenden der Studentenrat ist, zeigt sich in den semesterweise rituell wiederkehrenden Wahlen der Ratsmitglieder. Einmal lassen sich nur mit Mühe 70 Kandidaten aus 6000 Studenten finden. Sind dann aber diese 70 Kandidaten aus ihren Fachschafts- und Fakultätsecken hervorgeholt worden, so gilt es noch, deren Wähler zu finden (...); warum sollte sich der Studierende einer Fakultät gedrängt fühlen, nur eine Stunde im Semester dafür aufzubringen, diese Studentenfunktionäre zu wählen? Von den 2000 Studierenden der Phil.-I-Fakultät sind es 30 bis 40, die sich unter guten und dringenden Mahnungen bereit erklären, die Wahl ihrer 22 Abgeordneten zu fördern. Ich selbst habe erlebt, dass zu Beginn der Wahlversammlung nicht einmal die vorgeschriebenen 30 Studenten (1,5%) anwesend waren, um die Wahl ordnungsgemäss durchzuführen. Einige tapfere und beständige Leute stiegen darauf in die Mensa hinunter und trieben von dort her noch einige Studenten zur Wahlversammlung.» [ZS Nr. 8/44, S.7]

Für Bautz war klar, dass das Wahlverfahren an der mangelnden Beteiligung Schuld war und er forderte die Einführung der Urnenwahl. Tatsächlich lag die Stimmbeteiligung in den folgenden Jahren deutlich höher, über 30% betrug sie aber nie. Und die Schwierigkeit, 70 Kandidierende für den GStR zu finden, blieb. Unipolitisch engagierte Studentinnen und Studenten waren schon damals, in

«den guten alten Zeiten», eine Randgruppe. Natürlich gab es in den letzten vierzig Jahren immer wieder Demonstrationen und Kundgebungen, an denen sich tausend und mehr Studierende beteiligten, aber die konkrete politische Arbeit – sei es innerhalb oder ausserhalb offizieller studentischer Gremien – verteilte sich immer auf einige Dutzend Schultern. Das war 1968 nicht anders als heute. Hatte die grosse internationale Studierendenbewegung Ende der 60er-Jahre keine Auswirkungen auf die Studentinnen und Studenten in Zürich? Hat sich seit damals wirklich nichts verändert?

DIE ANGST VOR DER REVOLUTION

1968 standen Regierung und ProfessorInnenschaft den Umtrieben der Studierenden angesichts der Ereignisse in Europa skeptisch gegenüber. Doch nicht nur sie beobachteten die studierendenpolitischen Ereignisse mit Argusaugen, auch Exponenten innerhalb des Grossen Studentenrates hatten Angst, die revolutionäre Stimmung aus Frankreich und Deutschland könnte auf die beschauliche Eidgenossenschaft überschwappen. Als mit Klaus Jochims ein Deutscher in den Kleinen Studentenrat (KStR), die studentische Exekutive, einzog, befürchteten die JuristInnen, dieser «linke Ausländer» könnte «revolutionäre Ideen nach Zürich bringen». Um ihn zu kontrollieren, wählten die besorgten Studierenden der Juristischen Fakultät einen «Aufpasser» in den KStR. Dieser, ein gewisser Moritz Leuenberger, stellte dann aber fest, dass es sich bei Jochims gar nicht um einen «Berufsrevolutionär» handelte. Er fand das meiste, was der Deutsche vorschlug, ganz vernünftig. (WOZ vom 7. August 2003, S. 7)

DAS «ALLGEMEINPOLITISCHE» MANDAT

Die Revolution blieb aus. Die Forderungen wurden aber lauter. Im Frühjahr 1969 boykottierte der Kleine Studentenrat den «Dies academicus», die jährliche, etwas steife Geburtstagsfeier der Universität. Natürlich äusserten sich die widerspenstigen StudierendenpolitikerInnen trotzdem, einfach ausserhalb des «Dies». Und zu Themen ausserhalb der Universität Zürich. Der Grosse Studentenrat zeigte sich solidarisch mit dem Vietcong und unterstützte Demonstrationen in Kuba. Nicht nur ideell, sondern – in bescheidenem Rahmen – auch finanziell. Einigen GStR-Mitgliedern war das nicht genehm und sie warfen die Frage auf, inwiefern GStR und KStR als offizielle Studierendenvertretungen das Recht hätten, sich zu «allgemeinpolitischen» Themen zu äussern. Natürlich gings auch ums Geld. Studentische «Legislative» (GStR) und «Exekutive» (KStR) waren damals Organe der «Studentenschaft der Universität Zürich» (SUZ), der jeder Student und jede Studentin automatisch angehörte. Zusammen mit den Studiengebühren

entrichteten die Studierenden ihren Mitgliederbeitrag von zwölf Franken an die SUZ. Die GegnerInnen des «allgemeinpolitischen Mandats» (also der Möglichkeit von GStR und KStR, sich auch zu nicht direkt unipolitischen Themen zu äussern) fanden es unerhört, dass mit diesem Geld internationale Politik betrieben wurde. In einer studentischen Urabstimmung Mitte Dezember 1969 schloss sich eine Mehrheit dieser Argumentation an und entzog den studentischen Räten das «allgemeinpolitische Mandat». Das reichte dem Regierungsrat, der damals noch weit direkter an den Geschehnissen an der Universität beteiligt war, aber nicht: Er doppelte im März 1972 nach und entzog dem KStR das bereits entzogene politische Mandat noch einmal.

DIE UMTRIEBE DER RECHTEN UND EIN TELEGRAMM NACH VIETNAM

Was die universitätsbezogene Politik anging, waren die meisten Studierenden mit ihrer Vertretung zufrieden. Dies wurde in einer Urabstimmung im Juni 1970 sichtbar: 77% der Studentinnen und Studenten stimmten dem vom VSS (der nationalen Studierendenorganisation) entworfenen und vom GStR portierten «Lausanner Modell» zur Studienfinanzierung zu. Ein halbes Jahr später, im Fe-



Urnenwahl des Erweiterten Grossen Studentenrates, 1986.

bruar 1971 zeigten sich 72% der Studierenden einverstanden oder teilweise einverstanden mit der Politik des KStR, nur 29% lehnten sie ab. Dennoch führten das politische Mandat und die «SUZ-Zwangsmitgliedschaft» (ein Austritt aus der studentischen Körperschaft war nicht möglich) immer wieder zu Konflikten. Geschürt wurden diese von einigen bürgerlichen Studenten, die sich im studentischen Parlament einer immer übermächtigeren Linken gegenüber sahen. Da die Wahlerfolge ausblieben, versuchten sie den KommunistInnen und SozialistInnen das Handwerk mittels Aufsichtsbeschwerden und Rekursen zu legen. Auch sonst war die Situation für die linken StudierendenpolitikerInnen nicht leicht, wie ein 1975 aktives KStR-Mitglied 1983 rückblickend schreibt:

«Wir traten unser Amt in einem denkbar ungünstigen Moment an. Die Hochkonjunktur war zusammengebrochen, die Wachstumseuphorie war vorbei und eine wirtschaftliche Rezession schockierte die Schweiz. Auch die Studenten bekamen das zu spüren: Im Budget wurde rigoros gestrichen, Stellen wurden plafoniert und abgebaut, Werkstudenten hatten immer mehr Schwierigkeiten, einen Job zu finden und die Ausländer litten unter zunehmender Fremdenfeindlichkeit und der Angst der Schweizer um den Arbeitsplatz. Der Numerus Clausus nach bundesdeutschem Vorbild stand vor der Tür. Die Demokratisierung der Hochschulen seit 1968 wurde nun massiv gebremst, die Rechte hatte sich nach dem Schock der Studentenbewegung wieder aufgefangen und nahm den Kampf gegen sämtliche Studienreformen auf. Berufsverbote wurden zur harten Realität. Trotz allem versuchten wir, zum Teil mit Erfolg, erreichte Positionen zu halten und neue zu erobern.» (Ein Brief nach Hanoi: Die Absetzung des Kleinen Studentenrates. In: Alternative Festschrift des VSU zum 150-jährigen Jubiläum der Universität Zürich)

Ein etwas ungeschickt formuliertes Glückwunschtelegramm zum Kriegsende in Vietnam an die dortigen Studierenden führte, dank einer der erwähnten Aufsichtsbeschwerden aus den rechtspolitischen Studentenkreisen, zur Absetzung des KStR durch den Regierungsrat. Obwohl der KStR die Absetzung faktisch zu unterlaufen vermochte, hatte dieses Ereignis weit reichende Auswirkungen. Die Skepsis der Regierung gegenüber den studentischen VertreterInnen hatte sich verstärkt.

LIQUIDIERUNG DER SUZ I

Zwei Studenten, die mit der Politik der linksgerichteten Mehrheit in KStR und GStR nicht einverstanden waren, weigerten sich Studiengebühren zu entrichten,

in denen Beiträge für eine Studierendenschaft (SUZ) enthalten waren, von deren Delegierten sie sich nicht vertreten fühlten. Die Universität drohte damit, sie zu exmatrikulieren, worauf hin die Studenten beim Regierungsrat rekurrten. Dieser stellte zum grossen Erstaunen vieler StudierendenpolitikerInnen am 2. März 1977 fest, dass der seit über einem halben Jahrhundert bestehenden Körperschaft die gesetzliche Grundlage fehle. Er gab den Rekurrierenden Recht, erklärte die SUZ für illegal und initiierte deren Liquidierung.

PRO FORMA SUZ II

Da es inzwischen ausser Frage stand, dass die Studierenden eine Vertretung brauchten, und sei es nur, um die studentischen Mitglieder in universitäre Kommissionen zu wählen, suchte man nach einem Modell zur Neuorganisation der Studierendenschaft. Eine nicht ganz einfache Aufgabe. Die Wahl der StudierendenvertreterInnen in universitäre Gremien hatte bisher der Grosse Studentenrat vorgenommen. Dem GStR einer freiwilligen und folglich legalen Studierendenschaft, hätte die Legitimation für diese Wahl aber gefehlt, da er die ausgetretenen Studentinnen und Studenten nicht vertreten hätte. Ein Dilemma, das Senat und Regierung dadurch zu lösen versuchten, dass sie neben der neuen SUZ einen «Erweiterten Grossen Studentenrat» (EGStR) einrichteten – ein reines Wahlgremium, in das auch SUZ-Nichtmitglieder gewählt werden konnten. Ein reichlich kompliziertes Gebilde, das der Präsident des Bundesgerichts später als «extrêmement scurile» bezeichnen sollte. (ZS Nr.23–24/56) Da diese «SUZ II» weder Finanzautonomie noch Satzungsrecht haben sollte und vom Regierungsrat jederzeit hätte aufgelöst werden können, lehnten sie viele StudierendenvertreterInnen ab. Mit einer unabhängigen Studierendenschaft hatte diese SUZ nichts zu tun.

DER VSU TRITT DIE NACHFOLGE DER SUZ I AN

Und so gründete im Februar 1978 eine Mehrheit des frisch gewählten Grossen Studentenrats den «Verband der Studierenden an der Universität Zürich», den VSU, als offizielle Nachfolge der SUZ I und entsprechend als «Konkurrenz» zur SUZ II. Etwa ein Achtel der Studierenden trat in der Folge der SUZ II bei, rund ein Viertel stellte sich hinter den VSU. Dieser sah sich als alleinige Studierendenvertretung und bekämpfte die Nebenbuhlerin. Der VSU rekurrte vor Bundesgericht. Dieses erklärte die neue SUZ für rechtswidrig. Übrig blieb nur der Erweiterte Grosse Studentenrat, der einmal jährlich zur Wahl der studentischen VertreterInnen zusammenkam. Der VSU wiederum erreichte mit seinen gut 3000 wahlberechtigten Mitgliedern von Beginn weg eine komfortable absolute Mehrheit im EGStR.

DER VSU BEKOMMT PROBLEME – NICHT NUR FINANZIELLE

Die Freude über den Sieg gegen die «Pro forma-Studierendenschaft SUZ II» hielt jedoch nicht lange an. Zwar waren einige der wichtigsten Dienstleistungen der alten Studierendenschaft in eigenständige Gebilde umgewandelt worden, die Herausgabe der Studierendenzeitung «Zürcher Student/in», sowie die Trägerschaft der Kulturstelle, die unter anderem Filmvorführungen und Konzerte organisierte, nagte aber an den finanziellen und personellen Ressourcen des VSU. Im Mai 1982 forderte der VSU von der Universität, Gebühren für die von ihm erbrachten Dienstleistungen zu erheben. Die Uni lehnte mit der Begründung ab, dass sie nicht einen Verein vor anderen bevorzugen könne. Die finanziellen Probleme spitzten sich im Herbst 1982 zu, als die Studiengebühren erstmals per Post einbezahlt wurden. Bisher betrieb der VSU neben der Uni-Kasse jeweils einen kleinen Stand und verschaffte sich so seine Mitgliederbeiträge. Diese Möglichkeit fiel nun weg. Zwar überzeugte der VSU die Universität, ihm die Beilage eines eigenen Einzahlungsscheins zur Uni-Rechnung zu erlauben, von dieser Möglichkeit profitierte aber auch der rechtsgerichtete «Studentenring» (der allerdings keine Dienstleistungen anbot). Zudem war es für die Studierenden einfacher, einen Einzahlungsschein zu ignorieren als die treuherzigen Gesichter der VSU-AktivistInnen.

Doch nicht nur finanziell gab es Probleme. Der Verein, der von Regierung und Universität nie als offizielle Vertretung der Studierenden anerkannt wurde, verlor an Mitgliedern. Das Fehlen institutionalisierter Strukturen machte sich bemerkbar. 1983 zeichnet ein VSU-Mitglied ein düsteres Bild der Situation:

«An der Uni werden linke, kritische Studierende von einer Menge unpolitischer Lerneifriger erdrückt. Lebendige Diskussionen, auch Fachdiskussionen sind selten geworden. Die grosse Menge akzeptiert: – Studieren heisst mehr oder weniger Langweiliges in sich hineinzustopfen, Aufgaben und Arbeiten (die nur für den Professor produziert werden) termingerecht abzugeben, keine Zeit mehr für etwas anderes zu haben. – die Uni ist kein sozialer Mittelpunkt, die Studierenden keine soziale Gruppe mit gemeinsamen Interessen. Auch linke (alternative, fortschrittliche) Student/inn/en akzeptieren dies und meiden Unipolitik. (...) In diesem politischen Klima ist sowieso nichts zu machen, die Studierenden bewegen sich sowieso nicht, der VSU wird früher oder später keinen Stütz mehr haben ...» (VSU heute. In: Alternative Festschrift des VSU zum 150-jährigen Jubiläum der Universität Zürich)

SUZ III GREIFBAR

Fünf Jahre nachdem eine Mehrheit der studentischen PolitikerInnen die Organisation in einem privat-rechtlichen Verein jener in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft vorgezogen hatte, sahen ihre NachfolgerInnen keine andere Möglichkeit, als eine neue SUZ zu verlangen: Im Frühling 1984 verhinderte der VSU die Wahlen von StudierendenvertreterInnen in den Senat und andere politische Gremien der Universität, indem seine 46 Mitglieder starke Fraktion die EGStR-Sitzung vorzeitig verliess. Dieser Boykott, mit dem der VSU «echte Mitbestimmung» in Form einer neuen verfassten Studierendenschaft forderte, sorgte für einigen Wirbel in der Presse. Rektorat und Senat zeigten Verständnis und initiierten Diskussionen darüber, wie eine neue SUZ zu organisieren sei. Für heisse Köpfe sorgten altbekannte Fragen wie jene nach einem Austrittsrecht bzw. der «Zwangskörperschaft» und jene nach dem «allgemeinpolitischen» Mandat. Der VSU gründete eine «AG StudentInnenenschaft», der Rektor liess im Sommer 1984 eine Ur-Abstimmung zur Einführung einer neuen SUZ durchführen. Bei einer recht beeindruckenden Stimmbeteiligung von rund 40% stimmten beinahe 90% der Studierenden der Einführung einer neuen Zwangskörperschaft zu. Im Oktober 1985 beschloss der VSU seinen Wahl-Boykott aufzuheben. Kurze Zeit später konnte sich eine vom Rektor eingesetzte Kommission aus vier Studierenden und vier Dozierenden auf ein Modell einer studentischen Zwangskörperschaft ohne allgemeinpolitisches Mandat einigen. Im Juni 1985 stimmte der Senat dem Vorschlag der Kommission zu und die Universität beantragte vom Kantonsrat eine entsprechende – zur Umsetzung nötige – Gesetzesänderung. Die neue SUZ schien unter Dach und Fach. Doch es kam anders. Ein Mitglied der «AG StudentInnenenschaft» des VSU schreibt im Sommer 1987:

«Zu Beginn des Jahres 87 begann sich die vorberatende kantonsrätliche Kommission mit dem Thema zu beschäftigen. Die AG StudentInnenenschaft versah sie mit Unterlagen zur Information und vertrat den VSU-Standpunkt in einer gemeinsamen Sitzung. Weiter wurde versucht schwankende Gemüter im Kantonsrat noch umzustimmen mittels eines an alle RätInnen verschickten Briefes. Dort prallte die Vorlage am 2. März jedoch auf vorgefertigte Meinungen kompromissloser (bürgerlicher) PolitikerInnen und eine Linke, die nicht einfach den regierungsrätlichen Vorschlag absegnen wollte – in der Hoffnung auf einen weiteren linken Regierungsrat und einen linkeren Kantonsrat, die Wahlen standen ja bevor. So stimmten aber die Bürgerlichen, die noch lieber keine als eine schwache, und die Linke, die lieber keine als eine schwache wollte, gegen Eintreten auf die Vorlage StudentInnenenschaft, womit diese wieder für eine Zeit begraben sein wird.



April 1993: Der VSU trägt Vorlesungen
«zu Grabe», welche Sparmassnahmen zum
Opfer gefallen waren.

Die AG StudentInnenschaft, frustriert und trauernd, sinniert über das weitere Vorgehen: neuer Anlauf, Aufblähen des EGStR, VSETH-Modell oder was nun?« (VSU-Jahresbericht Wintersemester 1986/87)

EGSTR WIRD ZUM STURA

Die SUZ war vom Tisch, die Probleme des VSU ungelöst. Mit seinen gut 900 Mitgliedern bei über 21000 eingeschriebenen Studentinnen und Studenten konnte er 1990 nicht mehr ernsthaft die Vertretung aller Studierenden beanspruchen. Daran änderte auch eine 1988 umgesetzte strukturelle Anpassung nichts, durch die sich der VSU als Dachverband der Fachvereine zu profilieren versuchte. Der VSU verschaffte sich mit Aktionen und Demonstrationen Gehör und erreichte gleichzeitig eine Stärkung des EGStR. Die dafür nötige Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung (AGO) hatte zuvor aber für heftige Kontroversen innerhalb der StudierendenrätInnen gesorgt:

«Primärer Stein des Anstosses war, dass die neue AGO sich der weiblichen Sprachformen bedient (...), sowie der Passus, dass der StuRa Resolutionen notfalls auch zu nicht ausschliesslich bildungspolitischen Themen abgeben könne. Letzteres wurde schliesslich durch den Senatsausschuss dahingehend abgeändert, dass die bildungspolitischen Themen sehr weit gefasst sind. Weitere Än-

derungen betreffen vor allem den administrativen Teil, so etwa, dass die Wahlen nur noch alle zwei Jahre durchgeführt werden oder dass sich die Zahl der Sitzungen von bisher einer auf mindestens drei pro Jahr erhöht. Ausserdem wurde der Name von «Erweiterter Grosser StudierendenRat» (EGStR) auf «StudierendenRat» (StuRa) verkürzt, womit der Name einen wohlthuenden Kontrast bildet zur immer angepassteren und karriereorientierteren Studierendenschaft.» (VSU-Jahresbericht 1993/94, S.19)

DER VSU IM STURZFLUG

Als 1998 nach dreissigjährigem Ringen endlich ein neues Universitätsgesetz vom Volk verabschiedet wurde, konnte das den Studierenden schon nur deshalb nicht gefallen, weil sich in Bildungsdirektor Ernst Buschors Reform-Baby noch immer keine gesetzliche Grundlage für eine neue SUZ befand. Zwar wurde der StuRa als Nachfolger des EGStR ins Gesetz aufgenommen und gestärkt, er hatte aber weiterhin weder Finanzautonomie noch eine Rechtspersönlichkeit. Gleichzeitig steuerte der VSU auf den finanziellen Kollaps zu, als er mit einer grossen Party, die eigentlich Geld in die leeren Vereinskassen hätte spülen sollen, ein Defizit von gut 40000 Franken erwirtschaftete. Die Zahl passiver Mitglieder war zum Jahrtausendwechsel auf knapp 700 gesunken, drei Jahre später waren es noch 150. An der Vereinsspitze herrschte akuter Personalmangel, die administrativen Aufgaben blieben liegen. 2004 war der VSU – der noch immer die grösste Fraktion im StuRa stellte – zu einem blossen Label geworden.

SUZ III: EIN NEUER ANLAUF?

Die Aufgabe, alle Studierenden der Universität Zürich zu vertreten, war endgültig an den rechtskörperlosen Studierendenrat übergegangen. Dieser unternahm 2003 bei einer Revision des neuen Universitätsgesetzes den vorerst letzten Anlauf, eine neue SUZ durch den Kantonsrat zu bringen. Der im Entwurf noch enthaltene Artikel zur verfassten Studierendenschaft wurde dann aber im letzten Moment ersatzlos gestrichen. Eine Mehrheit des Kantonsrats war Ende Februar 2003 der Meinung, dass «die Studenten (...) nicht primär politisieren, sondern studieren» sollten. (Aargauer-Zeitung vom 25.2.2003, S.3) Der Versuch der StuRätinnen und StuRäte, das Dilemma des körperlosen Parlaments wenigstens vorläufig durch eine Neuorganisation als privater Verein zu lösen, scheiterte an rechtlichen Problemen. Heute steht die gesetzliche Verankerung einer SUZ wieder im Zentrum des studierendenpolitischen Interesses: «Öffentlich-rechtliche Körperschaft als Ziel» steht als Titel über dem StuRa-Jahresbericht 2006. Ganz neu ist dieses Ziel nicht.

AUCH OHNE SUZ: DIE STUDIERENDEN WEHREN SICH

Eine neue SUZ war natürlich nicht das einzige Ziel, das die StudierendenpolitikerInnen in den letzten Jahrzehnten vor Augen hatten. Im Fokus standen immer konkrete Ungerechtigkeiten und Visionen einer besseren Hochschule. Einerseits fielen VSU und Co. dabei immer wieder durch konkrete, provokative politische Aktionen auf, andererseits kämpften sie im Hintergrund für ihre Vorstellung einer demokratischen, offenen Universität.

DER OPERNHAUSKRAWALL UND DIE ETHNOLOGINNEN

Der VSU trat erstmals während den Zürcher Unruhen von 1980 in Aktion. Einige Ethnologie-Studierende hatten im Rahmen eines Projektes zu Jugendkulturen – mehr zufällig – die Ereignisse des Opernhauskrawalls Ende Mai 1980 gefilmt. Eigentlich hatten die Studierenden nur wenig mit der «Bewegung» zu tun. Doch Erziehungsdirektor Alfred Gilgen, der damals, lange vor der Autonomie der Universität, noch sehr direkt Einfluss auf die Hochschule nehmen konnte, verlangte die Herausgabe des EthnologInnen-Films. Da dieser mit staatlichen Mitteln gedreht worden sei, gehöre er auch dem Staat, also ihm. Die Studierenden sahen das etwas anders und demonstrierten für wissenschaftliche Freiheit und Solidarität mit der betreffenden Projektgruppe und der «Bewegung».

DAS BÖSE MEGAPHON

In diesem Zusammenhang steht auch die Affäre um Erich Kuster, der als Studierendenvertreter in zahlreichen Kommissionen sass. Kuster las im Juli 1980 im Rahmen eines Podiumsgesprächs einen Brief von Ethnologie-Professor Lorenz Löffler vor, der der Veranstaltung aufgrund der Entwicklungen um den Opernhauskrawall-Film fernblieb. Das wäre an sich noch kein Problem gewesen, hätte Kuster dazu nicht ein Megaphon benutzt, was gemäss Uni-Regulativ für die Raumbenutzung verboten war. Diese Vorschrift stammte noch aus dem Jahr 1972, als der damals frisch ins Amt gewählte Erziehungsdirektor Gilgen während einer «Antifaschistischen Aktionswoche» der Studierenden die Universität vorübergehend schloss und nach rechtlichen Möglichkeiten zur Kontrolle dieser Saubande rief. Das daraufhin geschaffene Disziplinarrecht, in dem auch

«Gegen eine vergilgte Uni!» Flugblatt, das auf den langjährigen Erziehungsdirektoren Alfred Gilgen abzielt. Grund für den Uni-Streik im Juni 1980 war das Aufführungsverbot des Ethnologiefilms vom Opernhauskrawall).



das Megaphon-Benutzungs-Verbot festgehalten war, sah neben schriftlichen Verweisen auch den Ausschluss aus dem Studium für mehrere Semester vor. Der VSU sah darin eine «verwaltungsinterne Sonderjustiz» und bekämpfte sie als «Relikt des Obrigkeitsstaats». (Tages-Anzeiger vom 20.2.1981) Während es der Disziplinarausschuss der Universität im Fall Kuster auf einem schriftlichen Verweis beruhen lassen wollte, entschied die Erziehungsdirektion – als höhere Instanz – den böartigen Megaphonbenutzer (und politischen Kontrahenten) für ein Semester von der Universität auszuschliessen und brummte ihm 3000 Franken Verfahrenskosten auf. Der VSU protestierte, gründete ein Erich-Kuster-Solidaritätskomitee und sammelte Geld für ihn. Kuster zog den Fall vors Bundesgericht, das ihm im Juni 1983 Recht gab und Gilgen zurückpiff.

DER DEUTSCHE KOMMT

Gewisse Parallelen zu Kusters Geschichte weist jene von Thomas Herde auf. Der Student aus Deutschland hatte 1981/82 innerhalb eines halben Jahres die Führung im VSU übernommen und war wesentlich an einer Demonstration gegen einen Vortrag des damaligen FDP-Bundesrates Chevallaz beteiligt. Herde wurde (zusammen mit einem anderen Studenten namens Sacchi) verhaftet, sass drei Tage in Untersuchungshaft und bekam Probleme mit seiner Aufenthaltsbewilligung. Innerhalb des VSU gründete sich das «Sacchi-Herde-Anti-Repressions-Komitee», kurz SHARK. Der Disziplinarausschuss wollte auch bei Herde Milde walten lassen, der Entscheid wurde aber erneut von Erziehungsdirektor Gilgen umgestossen: Herde sollte für drei Semester von der Universität ausgeschlossen werden, was seine Ausweisung ermöglicht hätte. Das Bundesgericht musste gleich das zweite Mal im Jahr 1983 bemüht werden und sprach sich wieder gegen die Rechtmässigkeit von Gilgens Vorgehen aus. Dennoch verliess Herde die Schweiz – und damit der ausländische Revoluzzer in der beschaulichen Schweiz nicht noch einmal Ärger verursachte, wurde über ihn eine Einreisesperre von fünf Jahren verhängt.

TRÄUMEN DARF MAN – U(NI)TOPIE

Danach war es an der Aktions-Front für eine Weile still. Erst im Februar 1989, kurz bevor Fichen-Affäre und GSoA-Initiative die Schweiz aufrüttelten, landeten die Studierenden der Universität Zürich wieder im Rampenlicht der Schweizer Tagespresse. In Anlehnung an Entwicklungen in Deutschland hatten AktivistInnen aus dem VSU-Umfeld zur «U(ni)topie» aufgerufen. In der letzten Semesterwoche wollten einige hundert Studierende im Lichthof der Universität übernachten. Mit diesem «Sleep-in» sollte auf die anhaltende Wohnungsnot in der grössten



Um auf die mangelnden Wohnmöglichkeiten in Zürich hinzuweisen, campieren Studierende 1985 vor dem Uni-Hauptgebäude.

Schweizer Stadt aufmerksam gemacht werden. Die Unileitung hielt nicht viel von dieser Idee und liess am Montag der letzten Semesterwoche ab 17 Uhr niemanden mehr ins Hauptgebäude. Unter Polizeischutz pilgerten die mit Schlafsäcken ausgerüsteten Studierenden zum Deutschen Seminar (damals noch an der Rämistrasse 74). Auch am Dienstag und Mittwoch wurde das Hauptgebäude frühzeitig verriegelt. Die UnitopistInnen hatten sich inzwischen formiert, bildeten Arbeitsgruppen, stellten Forderungen auf. Der heutige Journalist Constantin Seibt beschreibt seine Erlebnisse mit der «U(ni)topie» rückblickend so:

«Kurz vor den Ferien gründete sich weiss Gott wie und weiss Gott wogegen die Unitopie. Mein Bruder und ich kamen als Gegner. Unsere ersten Reden bestanden im Kern aus der Aussage, dass jede Empörung sinnlos sei, weil das Hauptproblem an der Hochschule darin bestehe, dass fast alle Studierenden Idioten

seien. Innert zwei Tagen liefen Demonstrationen, Seminare wurden von über zweitausend Leuten besetzt. Es war ein erfreulicher Wirbel. In einem geheimen Ausschuss für schmutzige Kriegsführung fälschten wir Flugblätter mit der Unterschrift des Rektors und bereiteten einen Massenversand vor, um sämtlichen Angestellten verwirrende Nachrichten des Regierungsrats (Lohnkürzung etwa) mitzuteilen. Dann kamen die Ferien.

Nach den Ferien rief die Unitopie zur Vollversammlung. Statt zweitausend Leute kamen sieben, darunter mein Bruder und ich. Wir sahen uns an und spielten Karten.» (WOZ vom 10. 7. 2003, S. 7.)

In Seibts sarkastischem Bericht stecken zwei wichtige Punkte, die für eine rasche Auflösung der «U(ni)topie»-Bewegung zumindest mitverantwortlich waren. Einerseits kamen den AktivistInnen die Semesterferien dazwischen, wodurch sehr viel Dynamik verloren ging. Andererseits hatten die Unitopistinnen und Unitopisten keine klaren, gemeinsamen Forderungen. Die diversen Arbeitsgruppen (AG Frauen, AG Mitbestimmung, AG Sponsoring, ...) waren schlecht aufeinander abgestimmt und der VSU wollte sich bewusst nicht «als Dach über die U(ni)topie stützen» (Tages-Anzeiger vom 22. 4. 1989, S. 19). Die Bewegung flachte ab und verschwand innerhalb nicht einmal eines Jahres sang- und klanglos. Der einzige greifbare Erfolg war eine von der AG Mitbestimmung gestartete Initiative zur Mitbestimmung bei Berufungen, die 1991 schliesslich angenommen wurde. Bis heute geblieben ist einzig die Gruppierung «zart & heftig – Schwule Studis an Uni und ETH Zürich».

WER DARF REDEN?

In den 90er-Jahren fanden die Studierenden Zürichs kaum Zeit für konkrete, in sich geschlossene Aktionen. Mit grossen Demonstrationen wehrten sie sich gegen allgemeine Entwicklungen im Hochschulbereich, gegen Sparmassnahmen, gegen Bildungsdirektor Buschors Reformbemühungen, gegen das neue Universitätsgesetz. Erst im neuen Jahrtausend wirbelten einige politisch aktive Studierende wieder Staub in der Tagespresse auf. Am 22. Juni 2000 verhinderte der VSU den ordentlichen Auftritt von José Piñera, einem Minister des ehemaligen Chilenischen Diktators Augusto Pinochet. Auf den Vorwurf, der VSU trete die Meinungsfreiheit mit Füßen, reagierte dieser mit der Frage, ob denn auch HolocaustleugnerInnen in den universitären Hallen Reden schwingen dürften. Ein Jahr später, Anfang Juli 2001, störten einige Studierende aus dem Umfeld des VSU einen Vortrag von WEF-Gründer Klaus Schwab an der ETH. Die als gewaltfrei geplante Aktion endete mit durch die Gegend fliegenden Stühlen und



z & h

zart und heftig

FORUM BEIDER HOCHSCHWULEN

Bringen wir unser Herz mit an die UNI, verwirklichen wir unsere Schwutopie / Lestopie und leben wir sie! Lesbische und schwule Kultur hat überall Platz! Geben wir uns Raum für unsere Verbundenheit, Wärme und Lust.

Wir treffen uns jeden Donnerstag Mittag im StuZ, Leonhardstr. 19, Foyer 2. Stock

Kontaktadressen und Informationen:
Martin Abele, 833 58 72; Dago Onigkeit, 362 58 82

| Mögliche | Themen: |
|--|-------------------------|
| – Schwule/Lesben | an der UNI / ETH |
| – Schwule / lesbische Tu- | torate und Lehraufträge |
| – Homophobische und heterosexistische Vorlesungen | |
| – Diskriminierungsforschung (ILGA-Projekt Eisberg) | |
| – Schwuler Salon / Lesbentreff an UNI und ETH | |
| – Ich bin verliebt in meinEn ProfessorIn | |
| – Was wollen wir für uns machen | |
| – Liebe im AIDS - Zeitalter | |
| – Klatsch & Tratsch | |
| – Aktionen | |
| – u.s.w | |

λ

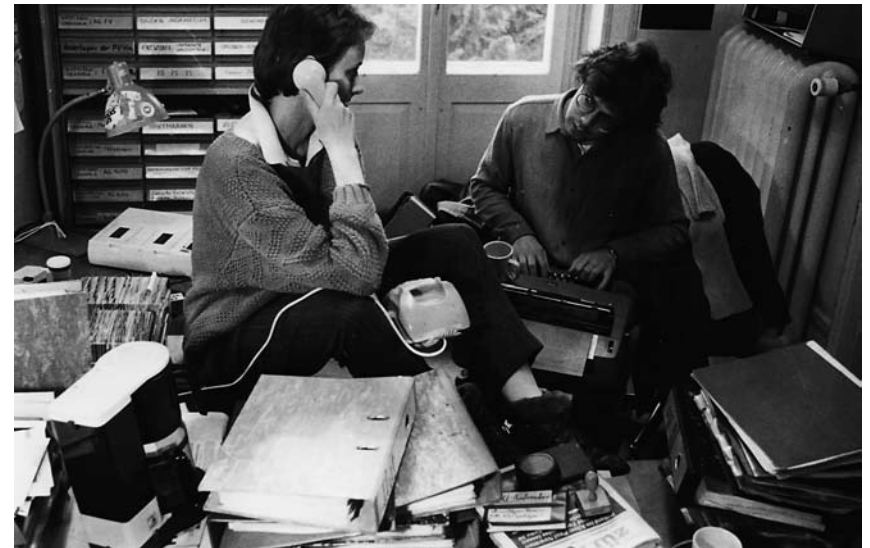
Eiern, so dass die Veranstaltung schliesslich unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden musste. Das war die letzte medienwirksame Aktion des VSU.

DIE «EWIGEN STUDENTEN» UND DIE MITTEL GEGEN SIE

Kurz bevor der VSU die Nachfolge der SUZ anzutreten versuchte, war die Studierendenzahl auf rund 14 000 gestiegen. Es wurde eng in den Hörsälen, die Betreuungsverhältnisse verschlechterten sich zunehmend, der administrative Apparat war überfordert. Zwar liefen die Bauarbeiten im Strickhof auf Hochtouren, aber es war abzusehen, dass auch die Universität Irchel nicht genug Platz für die künftigen Studierendengenerationen bieten würde. Die Regierung sah sich zum Handeln gezwungen und führte 1977 eine Studienzeitsbeschränkung ein. Für die Studierenden (und auch für Exponenten der Unileitung) schien dies die falsche Reaktion auf die zweifellos vorhandenen Probleme. Als 1982 die ersten Studierenden die «normale Höchchststudiendauer» von zwölf Semestern erreichten, wurden die Gesuche um Verlängerung von der Univerwaltung sehr wohlwollend geprüft. Exmatrikuliert wurde niemand, die Uni unterlief die von der Regierung verordnete Studienzeitsbeschränkung. Doch obwohl die Verlängerung eine reine Formsache war, wehrte sich Peter Hans, ein Kunstgeschichtsstudent, gegen diese in seinen Augen unrechtmässige und willkürliche Bestimmung. Der VSU sammelte Geld zur Unterstützung von Hans' Beschwerde. Dieser blitzte zwar bei der Hochschulkommission, beim Erziehungs- und beim Regierungsrat ab, bekam vom Bundesgericht am 27. Februar 1987 aber Recht. Es bestand keine gesetzliche Grundlage für Gilgens Studienzeitsbeschränkung. Aus der Beschränkung wurde eine dann eine Empfehlung.

AUSLÄNDERINNEN WERDEN ZUR KASSE GEBETEN

Im September 1981 beschloss der Regierungsrat trotz massivem Widerstand aus der Dozierendenschaft, zusätzlich zu den rund 300 Franken ordentlichen Studiengebühren bei Studierenden aus dem Ausland weitere 1000 Franken einzuziehen. Der VSU ging auf die Barrikaden und erhielt Rückendeckung aus der Presse. Dennoch, die Gebühren blieben. Doch auch hier liessen die Verwaltungsangestellten der Uni Vernunft walten. Sämtliche Gesuche zur Erlassung oder «Anpassung» der AusländerInnengebühren wurden gut geheissen. Der administrative Aufwand war enorm, die Ausländerinnen und Ausländer standen Schlange, um den entsprechenden Stempel zu holen. Noch Mitte der 90er mussten Studierende aus dem Ausland 500 Franken zusätzlich abliefern, nur war die Verwaltung inzwischen weit weniger kulant. Heute zahlen Ausländerinnen und Ausländer hundert Franken mehr als ihre KommilitonInnen aus der Schweiz.



Eine studentische Ordnung der Dinge: Das VSU-Büro zu Beginn der 90er-Jahre.

«BILDUNG FÜR ALLE»

Auch die «normalen» Studiengebühren sorgten immer wieder für Diskussionen. Zu Globuskrawall-Zeiten waren diese noch pro Vorlesung entrichtet worden. Eine Veranstaltung kostete 6 Franken pro Semester, wer mehr «konsumierte» bezahlte auch mehr. Erst im Wintersemester 1971/72 wurde die Kollegiengeldpauschale eingeführt – anfänglich nach dem «Verursacherprinzip»: NaturwissenschaftlerInnen bezahlten 200 Franken pro Semester, ihre KommilitonInnen aus der Geisteswissenschaftlichen Fakultät nur die Hälfte. Im Herbst 1973 wurde der Betrag dann für alle auf 140 Franken festgelegt. Dieser stieg bis 1980 auf rund 300 Franken, blieb über ein Jahrzehnt lang unverändert und wurde dann ab 1992 innerhalb von nur zwei Jahren auf 600 Franken verdoppelt. Der Widerstand war vorprogrammiert. Im Juli 1993 veranstaltete der VSU eine Demonstration gegen die Erhöhung. Gut 2500 Studentinnen und Studenten liefen in einem Protestmarsch durch Zürich und forderten «Bildung für Alle». Die Entwicklungen, die sie dabei anprangerten, beschränkten sich nicht auf die Verdoppelung der Semestergebühren: Der Kanton hatte angefangen, an der Uni massiv zu sparen. Fächer wurden gestrichen, Stipendien gekürzt, Numerus Clausus und Studienzeitsbeschränkung diskutiert. Die bisher bestehende Krankenkasse für Studierende musste aufgelöst werden. Der VSU versuchte vergeblich, mittels

Kollektivvertrag mit dem Versicherer Konkordia eine studentische Krankenkasse zu retten. Das Bundesamt für Sozialversicherungen lehnte das vom VSU präsentierte Modell im April 1994 ab.

SINKENDE STUDIERENDENZAHLEN

Auch im Hinblick auf die Erhöhung der Studiengebühren setzte der VSU alle Hebel in Bewegung: Im Sommer 1993 reichte er eine staatsrechtliche Beschwerde gegen die Verdoppelung der Gebühren ein. Das Bundesgericht wurde bemüht, mal wieder. Nur entschied es diesmal (mit 3 zu 2 Stimmen) gegen die Studierenden. All diese Entwicklungen führten dazu, dass zwischen 1992 und 1995 die Studierendenzahlen an der Uni von über 21 000 auf gut 16 000 sanken. Dies, obwohl etwa zur gleichen Zeit die Immatrikulationspflicht eingeführt wurde, also nur noch jene Leute den Vorlesungen lauschen durften, die für diese «Dienstleistung» auch bezahlt hatten. Diese Regelung liess sich allerdings nur schwer durchsetzen: Die Legi-Kontrollen, die tatsächlich durchgeführt wurden, hatten eher symbolischen Charakter. Dennoch hätte die Immatrikulationspflicht die Studierendenzahlen eher nach oben korrigieren müssen – der Wegfall der günstigen Krankenkassen und die massive Erhöhungen der Studiengebühren machten diesen Effekt aber mühelos wett. Eingeschrieben zu sein lohnte sich nicht mehr per se.

DER NUMERUS CLAUSUS IN DER MEDIZIN

Als die Universität im Herbst 1994 den Numerus Clausus in der Medizin einführte, reichte der VSU erneut staatsrechtliche Beschwerde ein, unbeeindruckt von der Abfuhr, die ihm das Bundesgericht kurz zuvor bezüglich Studiengebühren erteilt hatte. Diesmal gestand das Gericht der Beschwerde immerhin aufschiebende Wirkung zu und die ausgeschlossenen Medizinstudierenden mussten vorerst doch aufgenommen werden. Tatsächlich fehlten damals die gesetzlichen Grundlagen für den Numerus Clausus. Das sollte sich allerdings ändern.

«BILDUNG LOGISCHERWEISE ÖFFENTLICH UND KOSTENLOS»

Die Zeichen standen auf Sturm. Als im Mai 1995 New-Public-Management-Gruppe Ernst Buschor den seit 24 Jahren amtierenden Erziehungsdirektor Alfred Gilgen ablöste, glaubten die StudierendenpolitikerInnen schon, es könnte schlimmer eigentlich nicht werden. Sie irrten. Buschor trieb die Sparbemühungen weiter voran und begann die Universität Zürich in ein Dienstleistungsunternehmen umzuwandeln. Die Studierenden hätten sich auf den Strassen eigentlich häuslich einrichten können; es gab jeden Tag etwas, wogegen man hätte demonstrieren

können. Die Regierung arbeitete an einem neuen Universitätsgesetz, das einerseits die Universität in die Autonomie entlassen sollte, andererseits aber auch die gesetzlichen Grundlagen für den Numerus Clausus, Studienzeitbeschränkungen und massive Studiengebührenerhöhungen beinhaltete. Ende 1996 demonstrierten an der «Lux-Parade» 8 000 Studierende und MittelschülerInnen gegen den drohenden Bildungsabbau. Im August 97 ging der VSU in die Offensive und forderte die Abschaffung der Studiengebühren. Drei Monate später konnte er für die «Blök»-Demo («Bildung logischerweise öffentlich und kostenlos») immerhin rund 3 000 angehende AkademikerInnen mobilisieren. Aber die schlecht aufeinander abgestimmten und von der Presse weitgehend skeptisch beäugten GegnerInnen des neuen Unterrichtsgesetzes vermochten die StimmbürgerInnen des Kantons nicht auf ihre Seite zu ziehen: Am 15. März 1998 wurde das neue Universitätsgesetz mit 76,8% Ja-Anteil mehr als deutlich angenommen. Die Universität Zürich wurde autonom. Buschor hatte sein grosses Reformprojekt durchgebracht, der VSU seinen letzten grossen Kampf verloren.

DAS AKTIONSKOMITEE UND DER STREIK

Im Dezember 2002 gingen – zum bis heute letzten Mal – Studierende der Universität Zürich auf die Strasse. Organisiert wurde die Demonstration gegen eine erneute Änderung des Universitätsgesetzes allerdings bereits nicht mehr vom VSU, sondern vom «Aktionskomitee gegen das neue Universitätsgesetz». Einmal mehr sollte die Möglichkeit zur Gebührenerhöhung bekämpft werden. Die kantonale Kommission für Bildung und Kultur korrigierte daraufhin ihre Vorschläge, strich mit dem Passus zur Erhöhung der Studiengebühren aber auch gleich jenen für eine verfasste Studierendenschaft. Diese Version der Vorlage passierte im März 2003 den Kantonsrat. Der «Warnstreik» zu dem das «Aktionskomitee» noch im Januar 03 aufgerufen hatte, vermochte nur wenige Studierende zu mobilisieren (beziehungsweise vom Besuch einer Veranstaltung abzuhalten). Streiks und Demos waren gestern.

MORGENGRAUEN

Heute ist Bologna. Die Studierenden sammeln fleissig Punkte. Aber das neue System, das zweifellos einige gewichtige Probleme birgt, ist nicht Schuld daran, dass die Studentinnen und Studenten Zürichs nicht mehr auf die Strasse gehen und der VSU im Dezember 2005 endgültig den Laden dicht gemacht hat. Die Studierendenpolitik war immer schon ein Randgruppenphänomen. Doch die Randgruppe ist kleiner geworden. Die Realität der Studierenden ist nicht mehr dieselbe wie vor vierzig Jahren. Abseits von wichtigen Themen wie Numerus



Publikumswirksame Sammelaktion an der Demo «Bildung für alle», 1993.

Clausus, Studiengebühren und steigenden Studierendenzahlen haben Entwicklungen stattgefunden, deren Auswirkungen kaum überbewertet werden können.

TAUSENDFACHE MÖGLICHKEITEN

Die Werkstudentinnen und Werkstudenten füllen nicht mehr in den Semesterferien im Quartiers-Coop Regale auf, sie gehen regelmässigen Teilzeitarbeitern nach, in denen sie oft ihren Qualifikationen gemäss gefordert werden und Verantwortung tragen. Nicht nur die aktiven Studierenden, auch sämtliche Schweizer Vereine und Parteien, leiden unter massivem Mitgliederschwund. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind schier unendlich, die Ressourcen der engagierten jungen Menschen verzetteln sich tausendfach. Auch die Wohnsituationen sind vielfältiger geworden, Studierendenhäusern und Gross-WGs stehen intime Zweier-Gemeinschaften, das Leben in kleinen Einzimmerwohnungen und tägliches Pendeln gegenüber. Nur die «Schlummermutter» ist weggefallen, mit penetranter Konstanz geblieben sind dagegen die Probleme, überhaupt eine Wohnung in Zürich zu finden. Das Studium steht nicht mehr im Zentrum des Lebens.

Eine Studentin arbeitet vielleicht morgens vier Stunden auf der Bank, bespricht dann beim Mittagessen die Ausstellung, die sie mit drei KommilitonInnen organisiert, geht schnell für zwei Seminarstunden an die Uni und trainiert am Abend das Juniorenvolleyballteam des Heimatorts. Sie managt ihr Leben, hetzt vom einen zum nächsten Ort.

DIE WELT IST HALT SO

Das hat natürlich gesamtgesellschaftliche Hintergründe. Es hat aber auch universitätsspezifische Ursachen. Die rasanten technischen Entwicklungen haben dazu geführt, dass den Studierenden einerseits mehr geboten wird, dass aber andererseits auch viel mehr von ihnen erwartet wird. Klar: Man kann von Studentinnen und Studenten, die ihre Erkenntnisse auf der Schreibmaschine oder gar von Hand festhalten müssen und bei der wissenschaftlichen Recherche auf Zettelkasten und Notizbuch angewiesen sind, nicht dieselben Seminararbeiten verlangen wie von jenen, die mit Laptop, Internet und elektronischen Datenbanken arbeiten können. Die heutigen Studierenden sind Profis. Noch wichtiger ist vielleicht eine andere Tatsache, die mit den eben beschriebenen zusammenhängt: Niemand glaubt heute mehr an Veränderungen. Wenigstens nicht an grundsätzliche oder gar positive. Bei allen Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten ist man sich einig: Die Welt ist halt so. Das sahen die Studierenden 1968 anders, jene 1978 und 1988 auch.

KEINE ILLUSIONEN BITTE

Der Glaube mancher StudierendenpolitikerInnen, eine neue, moderne, professionelle Studierendenschaft würde dem StuRa das gewünschte Gewicht und die nötige Präsenz geben, ist eine Illusion. Die Wahlbeteiligung würde nicht auf einen Schlag in astronomische Höhen steigen. Skalp und kriPo, den «Nachfolgeorganisationen» des VSU, würden nicht plötzlich die Türen eingerannt. Bürgerliche Fraktionen, die heute inexistent sind, würden nicht überall aus dem Boden schiessen. In der Flyerflut, die die Studierenden jeweils fast aus dem Haupteingang spült, fällt man nicht mehr auf. Man fühlte sich als Studentin oder Student nicht plötzlich geborgen und aufgehoben an der «Massenuni» Zürich, nur weil es die SUZ gäbe. Die Dienstleistungen, die eine Studierendenschaft anbieten könnte, existieren. Die Stiftung Zentralstelle verkauft günstig Bücher und Büromaterial, bietet einen Jobmarkt und betreibt Kioske. Über Students.ch können Wohnungen gesucht werden, StudiVZ.net bietet für kontaktfreudige wie -scheue die Vernetzung im Netz. Der Medienverein produziert und vertreibt die «ZS» seit 15 Jahren mehr oder weniger erfolgreich in Eigenregie. Die Welt ist halt so.

DIE GESCHICHTE DER ZUKUNFT

Die Welt ist nicht so. Veränderung existiert. Es könnte noch eine Weile dauern bis diese Erkenntnis wieder den Weg in die Köpfe der Studierenden gefunden hat. Bis dahin sollten die StudierendenpolitikerInnen für eine neue SUZ kämpfen. Diese könnte in einer unübersichtlich gewordenen Universität zur Anlaufstelle werden, zu einem Zentrum für Know-how, dem Gedächtnis der Studierenden, dem Ort, an dem die Fäden zusammenlaufen. In einer Welt wie der studentischen, in der alle zwei Jahre neue Personen das Ruder der Organisationen übernehmen, ist eine strukturelle Beständigkeit von unschätzbarem Wert. Die SUZ muss gesetzlich verankert werden. Damit man Entwicklungen unterstützen kann, die das Leben und Arbeiten der Studierenden verbessern, damit man Entschiede bekämpfen kann, die die Studienbedingungen verschlechtern. Vielleicht könnte eine neue SUZ die bestehenden Dienstleistungen zusammenführen. Was, wenn man über eine einzige Plattform eine Wohnung und einen Job suchen, chatten und gruscheln und ein Modul buchen könnte? Zumindest der Medienverein dürfte, blickt man auf die anhaltenden finanziellen Probleme bei der Herausgabe der ältesten Studierendenzeitung der Schweiz, ganz froh um eine Einbindung oder zumindest eine Zusammenarbeit mit einer neuen SUZ sein. Vor allem könnte eine neue Studierendenschaft aber die Fachvereine vernetzen und stärken. Die Fachvereine sind es, die den Studierenden eine Identifikation mit der Uni oder wenigstens ihrem Fach ermöglichen können. Sie sind es, die mobilisieren könnten. Probleme, die aus der Welt geschafft werden müssen, gibt es genug. Und die Träume, für die es sich zu kämpfen lohnt, lauern schon um die Ecke. Die Studierendenpolitik ist ein Massenphänomen.





WIR SIND, WAS WIR ERINNERN

ZUR GESCHICHTE DER STUDIERENDEN
DER UNI ZÜRICH VON 1968 BIS 2008

WIR SIND, WAS WIR ERINNERN

Zur Geschichte der Studierenden der
Uni Zürich von 1968 bis 2008

Herausgegeben vom
Studierendenrat der Universität Zürich
im Verlag von Theodor Schmid



Studierendenrat der Universität Zürich (Hg.):
Wir sind, was wir erinnern. Zur Geschichte der
Studierenden der Uni Zürich von 1968 bis 2008.

© StuRa der Universität Zürich 2008
Schriften: Colonel und FF DIN
Verlag: Theodor Schmid, Zürich
Druck: Stiftung Zentralstelle der
Studentenschaft der Universität Zürich

ISBN 3-906566-70-6
ISBN 978-3-906566-70-2

VORWORT

Geschichte ist Ansichtssache. Wer sie schreibt, interpretiert sie. Als die Universität Zürich 1983 ihr 150-Jahre-Jubiläum feierte, entschied sich eine Gruppe von Studierenden eine Gegenfestschrift zur offiziellen Jubiläums-Publikation zu schreiben. Sie schrieben ganze hundert Seiten in politisch-polemischer Manier. Zur Veröffentlichung kam es nie. *Geschichte ist aber auch Veränderung.* 25 Jahre nach der gescheiterten Gegenfestschrift ist es unser Privileg, die erste studentische Publikation zur Geschichte der Studierenden an der Universität Zürich vorzulegen. Wir tun dies heute nicht mehr im Geiste einer Gegenfestschrift, sondern im Sinne einer Generation der Konsolidierung und der Suche nach Stabilität.

Geschichte ist Erinnern. Der schnelle Generationenwechsel an der Universität erschwert die wichtige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und lässt zentrale Ereignisse in der Studierendengeschichte schnell in Vergessenheit geraten. Das Projekt «Z(w)eitwissen», in dessen Rahmen diese Publikation entstanden ist, nimmt sich der wichtigen Aufgabe des Erinnerns an. Denn Erinnerungen bilden einen wichtigen Teil unserer Identität. *Wir sind, was wir erinnern.* Erinnerungen behandeln Früheres und gehören dennoch der Gegenwart an. Sie vermengen Individuelles mit kollektiven Erinnerungsmustern. Diese Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Individuellem und Kollektivem ist der Punkt, an dem die Geschichte lebt und sich immer wieder neu entfaltet.

Im Zentrum des Projektes «Z(w)eitwissen» steht die Geschichte der Studierenden an der Universität Zürich in den letzten vierzig Jahren. Der vorliegende Band zeigt historische Entwicklungen auf, füllt Wissenslücken und kratzt an verkrusteten Mythen. In den Monaten März und April 2008 ergündet eine Ausstellung denselben Zeitraum, bedient sich dabei der «oral history». Interviews mit ehemaligen Studierenden sind zu sehen und zu hören und bieten so eine wertvolle Ergänzung zu dieser Festschrift.

Dank gebührt allen Mitwirkenden und unseren Projekt-PartnerInnen.

Projektleitung Z(w)eitwissen
Zürich, im Januar 2008

Carol Ribi

INHALT

| | |
|---|-----|
| Andi Gredig: Studierendenpolitik: Ein Massenphänomen..... | 6 |
| David Eugster: Die Uni und die Bewegung: Kurze Geschichte eines Vertrauensverlusts..... | 32 |
| Lukas Messmer: Der grosse «Reformator» als universitärer Konservierer..... | 42 |
| Katja Jug / Lukas Messmer «Die Studierenden waren wütender auf mich als ich auf sie.»..... | 50 |
| Joel Bedetti: Zum Scheitern verurteilt: Der VSU..... | 58 |
| Marius Stricker / Andi Gredig: «Es war etwas Rebellisches» Die alternative Festschrift 1983..... | 68 |
| Emanuel Wyler: Der Kampf um die «offene Uni»..... | 76 |
| Min Li Marti: Als Feminismus noch cool war..... | 88 |
| Sergej Rickenbacher: Eine grosse Familie mitten im Hochschulquartier..... | 96 |
| Stefanie Pfändler: Schreibfabrik und Versuchslabor: vom Zürcher Studenten zur WOZ..... | 104 |
| Mirko Hofmann: Tausenden Studierenden ein Zuhause ermöglichen..... | 116 |

| | |
|---|-----|
| Vanessa Georgoulas: Studentische Selbsthilfe seit über 100 Jahren..... | 126 |
| Tobias Bernet: SUZ 2008: Plädoyer für einen Neuanfang..... | 134 |
| Zeittafel zur Studierendengeschichte..... | 138 |
| Quellenverzeichnis..... | 148 |
| Bildnachweise..... | 150 |
| Mitwirkende..... | 152 |
| Unsere PartnerInnen..... | 154 |
| Dank an..... | 155 |
| Glossar..... | 156 |